

Priv.-Doz. Dr. Claudio Franzius

Umweltschutz zwischen Regulierung und Planung

Zu diesem Thema bieten Prof. Dr. Michael Fehling (Bucerius Law School) und ich ein gemeinsames Seminar an, das als Blockseminar am

18.-20. Juli 2014 auf Sylt

stattfindet. Das Generalthema des Seminar ist weit zu verstehen. Es können auch Themenwünsche einbezogen werden, die sich mit Regulierungs- und Planungsproblemen allgemeiner Art beschäftigen. Sektorübergreifende Querschnittsthemen sind ebenfalls möglich. Im Vordergrund stehen aktuelle Reformvorhaben und Reformvorschläge.

Auf der einen Seite kann im Umweltrecht, verstanden als Infrastrukturrecht, ein Bedeutungszuwachs regulierungsrechtlicher Konzeptionen beobachtet werden. Wie lassen sich Umweltschutzanforderungen wettbewerbskompatibel ausgestalten? Inwieweit kann Wettbewerb rechtlich so initiiert und ausgestaltet werden, dass er die ökologische Umsteuerung der Wirtschaft beschleunigt und umweltfreundliche innovative Lösungen hervorbringt? Welche Rolle kann und sollte in gemischten Märkten mit privaten und öffentlichen Akteuren die unternehmerische Betätigung des Staates selbst spielen? Diesen Fragen soll in wichtigen Regulierungssektoren, namentlich in den Netzwirtschaften des Verkehrs, der Energieversorgung und der Abfallwirtschaft, nachgegangen werden.

Auf der anderen Seite gewinnt das Planungsrecht für den Umweltschutz an Bedeutung. Das spielt vor allem im Bereich der „Energiewende“ eine Rolle, wo das Regulierungsrecht an Grenzen stößt. Inwieweit kann das neue Planungsregime länderübergreifender Netze zu einer Stärkung der Investitionsanreize in den Aufbau neuer Übertragungsnetze beitragen? Wie ist die Rolle der Bundesnetzagentur als Planungsbehörde zu bewerten? Welche Chancen bieten gestufte Planungsverfahren für eine sinnvolle Problemabschichtung? Analysiert und bewertet werden sollen die neuen Regelungen zur Bedarfsplanung, Bundesfachplanung und Planfeststellung von Übertragungsnetzen.

Das Seminar richtet sich vor allem an Studierende im Schwerpunktbereich „Umwelt- und Planungsrecht“ (SPB VIII), steht aber allen Interessierten offen. Die Teilnahme erfordert das Erstellen einer schriftlichen Arbeit, einen mündlichen Vortrag sowie die Teilnahme an der anschließenden Diskussion. Angeboten wird eine einführende Vorlesung in das Regulierungsrecht zu Beginn des Semesters. Einzelheiten werden bei der Vorbesprechung

am 8. April 2014 um 12.15 Uhr im Rechtshaus (EG 20)

bekanntgegeben.

Mögliche Themen

A. Regulierung

1. Instrumente zur Förderung der Umweltfreundlichkeit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV): Analyse des novellierten PBefG im Zusammenspiel mit der VO 1370/2007
2. Verbesserte Rahmenbedingungen für den Umweltschutz im (insbesondere Lärmschutz) und durch (höherer Marktanteil) den Eisenbahnverkehr im Entwurf eines Eisenbahn-Regulierungsgesetzes?
3. Die Finanzierung von Ausbau, Modernisierung und Erhaltung der Bahn-Infrastruktur zwischen Bund und Bahn-AG: Ökonomische Anreize zu mehr Umweltschutz?
4. Umweltschutz durch Verhinderung von Strecken-Stilllegungen bei der Bahn: Möglichkeiten und Grenzen der externen Regulierung (§ 11 AEG) und der unternehmensinternen Steuerung der DB Netz durch den Bund als Eigentümer
5. Elektromobilität mittels erneuerbarer Energien und Energiewirtschaftsgesetz: Zur Anwendbarkeit der Zugangs- und Entgeltvorschriften des EnWG bei Elektro-„Tanksäulen“ und gegebenenfalls den Konsequenzen für die Festlegung auf erneuerbare Energien
6. Reformnotwendigkeiten bei der Anreizregulierung der Netzzugangsentgelte wegen der Energiewende?
7. Neue Anforderungen an die Regulierung der Energieerzeugungskapazitäten wegen der Energiewende (Stand-By-Kapazität konventioneller Kraftwerke zum Ausgleich von Einspeisungsschwankungen bei erneuerbaren Energien u.ä.)
8. Beschleunigung der Energiewende durch eigene wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen hand (insbesondere Kommunen) als Netzeigentümer und/oder Kraftwerksbetreiber bzw. Teilnehmer an einem Energieversorgungsunternehmen
9. Rechtliche und ökonomische Lastenverteilung bei der Förderung der Offshore-Windenergie zwischen Erzeugern, Netzbetreibern und Verbrauchern: Netzausbau, Netzanschluss, Einspeisungsvergütung
10. Zu den beschränkten Möglichkeiten der Steuerung des Energiemixes bei Planung und Genehmigung von Kraftwerken (insbesondere Bauleitplanung, Immissionsschutzrecht und Wasserrecht)
11. Möglichkeiten und Grenzen für gewerbliche Sammlungen in Konkurrenz zur gemeindlichen Siedlungsmüllentsorgung nach dem neuen § 17 KrWG im Lichte des Umweltschutzes
12. Reformen im System der Entsorgung und des Recycling von Elektroaltgeräten (neue EU-Richtlinien, geplante Novelle des ElektroG): Integration verbesserter Anreize für eine umweltfreundliche Produktgestaltung und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft in ein wettbewerbliches Recyclingsystem?

13. Umweltschutz in den neuen EU-Vergaberichtlinien: Erweiterte oder unveränderte Möglichkeiten der Implementierung von Umweltschutzanforderungen (als sog. „Sekundärzweck“) in die wettbewerbliche Auftragsvergabe

14. Möglichkeiten und Grenzen eines „Technology-Forcing“ durch ambitionierte Anforderungen an die Energieeffizienz

II. Planung

1. Energiewende: Von der Markt- zur Planwirtschaft? Investitionsanreize und „Indienstnahme“ der Übertragungsnetzbetreiber für den Netzausbau

2. Zur Rolle der Gesetzgebung bei der Planung von Infrastrukturen: Bundesverkehrsplanung als Vorbild?

3. Bundesnetzagentur als Planungsbehörde: Netzentwicklungsplanung, Raumverträglichkeit und Planfeststellung von länderübergreifenden Übertragungsnetzen

4. Alternativenprüfung in „gestuften“ Planungsverfahren: Bedarfsplanung, Bundesfachplanung, Planfeststellung

5. Regulierte Selbstregulierung im Planungsrecht? Verfahrenssteuerung nach dem EnWG und NABEG

6. Akzeptanzprobleme in der Planung der Energiewende: Möglichkeiten und Grenzen der Öffentlichkeitsbeteiligung

7. Erdverkabelung in Übertragungs- und Verteilnetzen: Wer trägt die Kosten?